

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.20 - 66. Jahrgang

1. Oktober 2016

## SPD fordert nationale Bildungsallianz

**Eine gemeinsame Kraftanstrengung im Rahmen einer nationalen Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen hat der SPD-Parteivorstand gefordert. Angesichts eines geschätzten Investitionsstaus von 34 Milliarden Euro an den bundesdeutschen Schulen, jährlich etwa 50.000 Jugendlichen ohne Abschluss und etwa 325.000 zusätzlichen Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, die allein 2015 nach Deutschland kamen, sind nach Ansicht der SPD rasche Maßnahmen notwendig.**

Gefordert wird vom Bund ein Programm zur Schulmodernisierung für den Zeitraum von 2017 bis 2021 mit zusätzlich 9 Milliarden Euro. „Diese Mittel sollen vorrangig in Verbindung mit den Mitteln von Ländern und Kommunen zur Sanierung und Modernisierung von Schulen, zur digitalen Ausstattung der Schulen, zum Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote und zum Ausbau von Ganztagschulen eingesetzt werden“, heißt es im Beschluss.

Im Ganztagsbereich strebt die SPD einen Rechtsanspruch auf gute und verlässliche Ganztagschulplätze zumindest im Primarbereich bis 2021 an. Bei der Personalausstattung der Ganztagschulen soll sich der Bund durch ein zusätzliches Programm am flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit beteiligen. Die Länder müssten ihrerseits den notwendigen Ausbau und die Einstellung der erforderlichen Lehrkräfte sicherstellen.

Um die Kapazitäten in der Lehrerbildung an den Hochschulen zu erweitern soll der Bund die Länder beim Ausbau entsprechend unterstützen. Durch eine Änderung des Grundgesetzes soll die Möglichkeit zur gezielten Kooperation von Ländern und Bund in der schulischen Bildung geschaffen werden.

BS □

Wahl:

## „Gemeinsamer Anspruch“

### SPD, Linke und Grüne vor Koalitionsverhandlungen

Bis zum Ende des Jahres sollen die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sein. Das ist das Ziel des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Nach einem gemeinsamen Sondierungsgespräch von SPD, Linken und Grünen hatten die Verhandlungsdelegationen ihren Parteien am Montag die Aufnahme von Koalitionsgesprächen empfohlen.

In dem rund fünfstündigen Gespräch mit Linken und Grünen wurden zahlreiche Politikfelder angesprochen, von der Stärkung des Mietwohnungsbaus über die Bildungspolitik, die Entwicklung des Stadtwerks und die Verkehrspolitik bis hin zu Fragen der Finanzierung und des Landshaushalts. Dabei sei der gemeinsame Anspruch der drei Parteien deutlich geworden, in wichtigen Bereichen voranzukommen, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. Es gehe darum, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Berlinerinnen und Berliner stärker in die politischen Entscheidungen einzubeziehen, sagte Müller. In den Koalitionsgesprächen müssten



Vor der Presse: Michael Müller nach der Sitzung des SPD-Landesvorstands am 19. September.

nun noch eine Vielzahl einzelner Fragen geklärt werden.

Vorausgegangen waren in der Woche nach der Wahl getrennte Sondierungen mit CDU, Linken, Grünen und FDP. Für die SPD hatten die Gespräche Michael Müller, Raed Saleh, Barbara Loth und Angelika Schöttler geführt. Der SPD-Landesvorstand beriet das Ergebnis am Donnerstag nach Redaktionsschluss.

siehe auch S. 3, 4, 5, 7, 8, 9

## CETA weiter verändern

### Konvent: Berliner SPD-Delegierte lehnten den Antrag ab

**Die Berliner Delegierten haben auf dem SPD-Parteikonvent in Wolfsburg das CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada in der jetzigen Form abgelehnt. Mit ihnen stimmt rund ein Drittel der Delegierten gegen den Antrag.**

Die Berliner Delegation hatte mit Blick auf bisherige und künftige Rekommunalisierungen u.a. gefordert, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen und erst nach erfolgter Klarstellung zuzustimmen. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte vor der Entscheidung in einem Gespräch mit Kanadas Ministerpräsident Trudeau verabredet, dass es weitere „rechtsverbindliche Klarstellungen“ außerhalb des Vertrags geben soll und für eine Zu-

stimmung geworben. Es seien bei CETA deutliche Verbesserungen erreicht worden. Der Leitantrag, der auf dem SPD-Par-

#### IN DIESER AUSGABE:

DIGITALE TAGELÖHNER	S. 10
BESCHÄMENDE URTEILE	S. 12
SPD BERLIN 1946	S. 13
AUSSTELLUNG HANS SCHEIB	S. 16

teikonvent angenommen wurde, fordert solche Klarstellungen etwa bei der Festbeschreibung des Vorsorgeprinzips, bei Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Standards sowie beim Ausschluss von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

BS □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Mehr sozialer Schutz

## EU-Parlament gegen Sozialdumping in Europa

Bei seiner ersten Rede als neuer Kommissionspräsident sprach sich Jean-Claude Juncker im Europäischen Parlament für mehr sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union aus und forderte nicht nur für ein wirtschaftliches, sondern explizit auch ein soziales „Triple-A“ für Europa. Damit dies kein leeres Versprechen bleibt, macht das Europäische Parlament nun Druck. Es hat Juncker aufgefordert, endlich konkrete Schritte zu unternehmen. Im September hat das Parlament einen wichtigen Initiativbericht verabschiedet, der erstmals das Thema Sozialdumping in der Europäischen Union aufgreift und konkrete Vorschläge unterbreitet.

Der europäische Binnenmarkt ist ein Kernelement der Europäischen Union. Das Parlament unterstreicht, dass es oberstes Ziel der europäischen Institutionen sein muss, dass von ihm Unternehmen, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Sicherzustellen ist, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ein hohes Niveau an sozialem Schutz und sozialen Rechten genießt. Dem Streben nach Profit durch einen Wettbewerb nach unten um die niedrigsten Löhne oder Arbeitsschutzmaßnahmen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dringend nötig sind Regeln, um die Arbeitsbedingungen in der EU zu verbessern. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass sich Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung stellen können und besser kontrolliert werden.

**MEHR SCHUTZ FÜR  
ARBEITNEHMERINNEN UND  
ARBEITNEHMER**

Eine aktuelle Studie des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments zeigt, dass prekäre Arbeitsverhältnisse in der EU stetig zunehmen. Gleichzeitig verschlechtert sich der Arbeitnehmerschutz, Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit nehmen zu. Nur noch 59 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten in Vollzeit. Es ist mehr als höchste Zeit, dass endlich etwas gegen Sozialdumping geschieht. Deshalb fordern wir Parlamentarier die Schaffung eines EU-weiten Mindestlohns von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens. Die Überarbeitung der Entsenderichtlinie ist überfällig, um das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ festzuschreiben.



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin. Foto: SPD Berlin

### UNTERNEHMEN IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN

Konkrete Vorschläge hat das Parlament unterbreitet, wie die EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen werden und gegebenenfalls sanktioniert werden können. Neben der Abschaffung sogenannter Briefkastenfirmen fordern wir Parlamentarier eine schwarze Liste, auf der Unternehmen, die erheblich gegen europäische arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften, publik gemacht werden. Als Sanktionsmechanismus könnte diesen Unternehmen für einen festgelegten Zeitpunkt der Zugang zu öffentlichen Aufträgen oder EU-Mitteln verweigert werden. Um zu verhindern, dass heimische und entsandte Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden, müssen mehr Mittel und Personal für die Arbeitsaufsicht bereitgestellt werden. Ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten ist ebenfalls unerlässlich.

All diese Forderungen wurden maßgeblich von unserer sozialdemokratischen Fraktion vorgebracht. Es ist ein enormer Erfolg, dass es uns gelang, dafür im Parlament eine Mehrheit zu erreichen. Wir setzen damit ein wichtiges Zeichen für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gegen soziale Ausbeutung auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten müssen jetzt zeigen, dass auch sie sich dem sozialen „Triple-A“ in Europa verpflichtet sehen und alsbald konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen, damit Sozialdumping bald der Geschichte angehört. Wir werden sie hier nicht aus der Verantwortung lassen.

**Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

## Einigung bei der Reform der Erbschaftsteuer

**Berlins Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen hat die in der vergangenen Woche erzielte Einigung im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag zur Erbschaftsteuerreform begrüßt. Der Kompromiss trage der von Seiten der SPD-Finanzminister geäußerten Kritik Rechnung.**

„Gegenüber der vom Bundestag beschlossenen Fassung konnten Verbesserungen durchgesetzt werden“, so Kollatz-Ahnen. „Ich begrüße insbesondere die jetzt erzielte Lösung bei der Stundungsregelung. Es war bisher eine dem Steuerrecht völlig fremde ‚Postkartenlösung‘ vorgesehen, bei der ein Unternehmenserbe im Erbschaftsfall ohne jeden Grund einseitig die Steuerzahlung um zehn Jahre verschieben kann, ohne einen Cent Zinsen zu zahlen.“ Jetzt sei eine Ratentilgung mit einem zinsfreien Jahr vorgesehen und es komme zur üblichen Verzinsung im Steuerrecht. Zudem ist der Erbe verpflichtet, nicht weiterzuverkaufen und die Arbeitsplätze – und damit die Lohnsumme – zu erhalten.

Es sei außerdem gelungen, beim sogenannten vereinfachten Ertragswertverfahren, einer Methode zur Grob-Schätzung des Unternehmenswerts, eine Anpassungsregelung einzuführen. Der Bewertungsfaktor wird jetzt auf 13,75 festgelegt. Bei Zinsänderungen wird der Faktor durch das Bundesfinanzministerium neu festgelegt. Neben dem vereinfachten Ertragswertverfahren existieren weitere Verfahren zur Feststellung des Unternehmenswerts.

Zudem sieht die Einigung eine Ausschüttungsbegrenzung für die Unternehmen vor, deren Erben in den Genuss von Privilegien für Familienunternehmen kommen wollen. Unternehmen mit bis zu fünf (bisher: 20) Mitarbeitern bleiben von einer Überprüfung der Beibehaltung der Lohnsumme generell verschont. **PM** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

# Berlins Vielfalt zeigt sich in den Stimmbezirken

## Ergebnisse, Veränderungen, Wählerwanderungen

**Berlin verändert sich. Die ganze Vielfalt der Stadt, aber auch die unterschiedliche Wahrnehmung von Entwicklungen zeigt sich in den Wahlergebnissen.**

Inzwischen sind Vergleiche mit früheren Ergebnissen in den Wahlkreisen kaum noch möglich. Auch da, wo der Zuschnitt der Wahlkreise selbst nicht verändert wurde, hat sich die Bevölkerungsstruktur durch Zuzüge von NeuberlinerInnen und Fortzüge alteingesessener Berlinerinnen und Berliner gewandelt. Es gibt nicht mehr die gemeinsamen Erfahrungen und Erinnerungen einer Stadtgesellschaft oder eines Kiezes. Wie Berlins Schulden in der Zeit nach der Wende stiegen, in welchem Zustand Schulen und Straßen vor 25 Jahren waren, warum städtische Wohnungen verkauft werden sollten - all das ist nicht nur Jüngeren unklar. Mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung hat es nicht direkt miterlebt, denn zwischen 1,2 und 1,4 Millionen Menschen sind erst nach der Wende in die Stadt gekommen.

So zerfällt die Stadt in zahlreiche kleine Bereiche, in denen sich mal die Rußlanddeutschen in Marzahn gegenseitig bestätigen, dass nur sie noch wissen, was Deutschsein bedeutet, mal die Programmierer unterschiedlichster Herkunft in Friedrichshain auf englisch ein Datenproblem erörtern, mal die Senioren vom Gesundbrunnen die Flaschen in der Bahn einsammeln, oder die Mütter vom Kollwitzplatz über den Einsatz der Materialien Montessori-Pädagogik diskutieren. Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Lebenswelten sind eher selten.

So sind denn auch die Erwartungen an die Politik sehr unterschiedlich. Großer Gewinner der Gentrifizierung sind die Grünen, die in vielen Bereichen der Innenstadt Wahlerfolge einsammeln konnten, vor allem in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Nord-Neukölln. Viele Selbständige wählten laut infratest-dimap die Grünen. Ein ganz ähnliches Klientel rund um den Savignyplatz entschied sich ganz anders: Hier erreicht die FDP rund ein Viertel der Stimmen. In den östlichen Stadtrandgebieten, in denen sich manche von der positiven Entwicklung der Stadt abgehängt oder gar bedroht sehen, hat die AfD die größten Erfolge. Aber auch die Linke bleibt hier noch einigermaßen stabil. Strukturveränderungen zeigen sich auch in den bisher von der CDU dominierten westlichen Stadtrandbereichen Steglitz-Zehlendorf und dem südlichen Tempelhof. In Steglitz-Zehlendorf ist sogar die langjährige Dominanz der CDU im Bezirksamt verloren ge-



*Haben in ihren Wahlkreisen das Direktmandat gewonnen: Matthias Kollatz-Ahnen und Raed Saleh.*

Fotos: Horb

gangen. Insgesamt ist das Ergebnis von 17,6 Prozent ein Negativrekord für die CDU. Während die SPD in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf jeweils mehr als 11 Prozent der Stimmen verliert, liegt der Verlust in Tempelhof-Schöneberg bei 2,2 Prozent.

Infratest-dimap geht bei seiner Berechnung der Wählerwanderung davon aus, dass die SPD etwa 24.000 Stimmen an die AfD verloren hat, dicht gefolgt von der Linken (20.000 Stimmen Verlust). An CDU und FDP hat die SPD danach jeweils 11.000 Stimmen abgegeben müssen. Im Gegenzug gewann die SPD bei den neu nach Berlin zugezogenen WählerInnen 16.000 Stimmen, sie konnte 7000 ehemalige Nichtwähler motivieren und erhielt 5000 Stimmen von ehemaligen Piraten-WählerInnen. Die CDU gab rund 39.000 Stimmen an die AfD ab, weitere 28.000 wanderten zur FDP ab und 23.000 gingen aufgrund des Generationenwechsels verloren. Mit 22.000 Stimmen profitierte die CDU noch stärker als die SPD von Zugezogenen. Die Verluste der Grünen schlugen als Gewinne

## Zahlen

SPD und Grüne stellen prozentual die meisten Abgeordneten mit **Migrationshintergrund**. In der SPD sind es 7 von 38, bei den Grünen 5 von 27 (jeweils rund 18 Prozent). Bei Linkspartei, CDU und AfD ist es jeweils ein/e Abgeordnete/r, die FDP hat keinen in ihren Reihen.

Die SPD-Fraktion besteht aus 23 männlichen und 15 weiblichen Abgeordneten, der **Frauenanteil** liegt damit bei rund 40 Prozent. Die CDU hat 4 Frauen und 27 Männer in ihren Reihen (rd. 13 Prozent Frauenanteil).



*Schlusspurt-Kundgebung mit vier Kandidatinnen und Kandidaten aus Tempelhof-Schöneberg. Drei von ihnen waren erfolgreich.*

bei den Linken (21.000 Stimmen) zu Buche. Das Erbe der Piraten traten vorwiegend Linke (22.000 Stimmen) und Grüne (11.000 Stimmen) an, dazu dürften auch die vorherigen Eintritte ehemaliger Piratenabgeordneter bei der Linkspartei beigetragen haben. Nachdem inzwischen auch der letzte Vorsitzende der Piraten Bruno Kramm zu den Grünen zurückgekehrt ist, dürfte die Zeit der Piraten in Berlin beendet sein.

Die AfD mobilisierte rund 69.000 bisherige NichtwählerInnen und 46.000 WählerInnen bisheriger Kleinstparteien, bündelte also auch den Protest, der sich bereits bei zurückliegenden Wahlen geäußert hatte. Nach den Analysen von infratest-dimap waren unter den AfD-WählerInnen vor allem Arbeiter, Arbeitslose und Männer, dabei besonders die im Alter von 45 bis 59 Jahren, sowie Wählerinnen und Wähler mit niedrigem und mittlerem formalen Bildungsabschluss. Bei den abgegebenen Stimmen hat die NPD 7830 Stimmen verloren und kommt noch auf 5244, Pro Deutschland verlor 30.636 Stimmen und erreicht 6831.

Eine große Mehrheit der Wählerinnen (57 Prozent) wünschte sich, dass auch der künftige Senat von der SPD geführt wird, 53 Prozent waren mit der Arbeit des Regierenden Bürgermeisters zufrieden. Die Zufriedenheit mit dem Senat insgesamt lag niedriger, dazu dürfte vor allem das Versagen von CDU-Senatorinnen und -Senatoren beigetragen haben. Michael Müller lag, was Sympathie, Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Führungsstärke anging, klar vor Frank Henkel. Bei der Wunschkoalition wurde ein Bündnis von SPD, Grünen und Linken präferiert.

Rund 40 Prozent der SPD-Wählerinnen und Wähler haben sich bereits Wochen vor der Wahl für ihre Partei entschieden, 38 Prozent erst unmittelbar in den Tagen davor oder am Wahltag. **uh** □

Wahlen:

# Gewinne, Verluste und persönliche Erfolge

## Neue SPD-Fraktion mit 38 Abgeordneten - 28 Direktmandate

Das neue Abgeordnetenhaus wird 160 Sitze haben, die SPD stellt darin mit 38 Abgeordneten die stärkste Fraktion, die CDU hat 31 Sitze, Grüne und Linke je 27, die FDP 12 und die AfD 25. Die SPD hat bei einem leicht größeren Parlament insgesamt neun Mandate weniger als 2011. Elf ihrer Abgeordneten sind erstmals im Parlament. Die CDU hat acht Mandate weniger, die Grünen verloren zwei.

28 SPD-Abgeordnete haben ihr Mandat direkt gewonnen, die SPD liegt bei den Erststimmen mit 24,8 deutlich vorn. Das Ergebnis der Erststimmen liegt damit auch gut drei Prozent über dem Zweitstimmenergebnis. In vielen Wahlkreisen hat es bei den größeren Parteien kein Stimmensplitting gegeben. Auch dort, wo etwa grüne oder linke DirektkandidatInnen weniger chancenreich gegenüber der CDU waren, profitierten die SPD-KandidatInnen in der Regel nicht. Die Wählerinnen und Wähler empfinden sich offenbar nicht mehr einem „linken“ oder „rechten“ Lager zugehörig. In der Regel machten vom Stimmensplitting nur Wählerinnen von Kleinstparteien (Tierschutzpartei, Die Partei u.a.) Gebrauch.

Gleichwohl gibt es auch sichtbare persönliche Erfolge. In Mitte verbuchte Maja Lasic im Wahlkreis 7 mit 31,5 Prozent der Erststimmen vor den Grünen (20,3 Prozent) den größten persönlichen Bonus, bei den Zweitstimmen kam die SPD dort nur auf 24,2 Prozent. Dilek Kolat verbuchte 1249



Sandra Scheeres verlor ihr Mandat in Pankow, Dilek Kolat verteidigte ihres in Friedenau.

mehr Erst- als Zweitstimmen und mit 7891 die höchste SPD-Stimmenzahl überhaupt (109 mehr als 2011). Michael Müller erhielt in seinem Tempelhofer Wahlkreis 1488 Stimmen mehr als die SPD, Daniel Buchholz lag in Spandau 1303 Stimmen über dem Zweitstimmenergebnis, er gewann den Wahlkreis zum vierten Mal. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh übertraf sein Zweitstimmenergebnis um 1117 Stimmen. Er erreichte im Wahlkreis Spandau 2 mit 37,1 Prozent der Stimmen zugleich das beste prozentuale Erststimmenergebnis für die SPD in ganz Berlin. Franziska Becker lag in Charlottenburg-Wilmersdorf 6 mehr als 1400 Stimmen über dem Zweitstimmenergebnis ihrer Partei (6581 zu 5143). Im Lichtenberger Wahlkreis 6, den Harald Wolf (Linke) mit rund 450 Stimmen Vorsprung vor Andreas Geisel gewann, konnte der SPD-Senator dennoch 1160 mehr Erst- als Zweitstimmen auf sich vereinen.

In Steglitz-Zehlendorf setzte sich Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen gegen CDU-Justizsenator und Wahlkampfmanager Thomas Heilmann klar durch. Jan Stöß konnte das umkämpfte Direktmandat in Mitte gegen die Linke nicht erringen, auch wenn er nach einem intensiven Wahlkampf fünf Prozent mehr Erststimmen als Zweitstimmen bekam. Besonders spannend war die Auszählung im Wahlkreis Mitte 3: Nach der Erstauszählung gewann Thomas Isenberg mit nur sechs Stimmen Vorsprung vor Tilo Siewer (Grüne). Eine Nachzählung von vier Wahlurnen vergrößerte den Vorsprung auf 10 Stimmen. Im Wahlkreis Mitte 1 konnte sich Astrid Hollmann mit 21,7 Prozent zwar nicht gegen die grüne Spitzenkandidatin Ramona Pop (29,9 Prozent) durchsetzen, ließ aber Frank Henkel (16,4 Prozent) deutlich hinter sich.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres, die zwei Wahlperioden Pankow im Abgeordnetenhaus vertrat, konnte ihr Mandat nicht verteidigen, auch ihr Listenplatz 1 kam durch den Gewinn anderer Direktmandate im Bezirk nicht zum Zug. Der SPD-Abgeordnete Rainer-Michael Lehmann, der einen besonders engagierten Kampf gegen rechtsradikale Kräfte geführt hatte, scheiterte an der AfD. Insgesamt verlor die SPD im Ostteil der Stadt 29.990 Erststimmen und 38.394 Zweitstimmen, im Westteil 19.544 Erst- und 22.569 Zweitstimmen. Die CDU verlor im Westteil 58.811 Zweitstimmen, im Ostteil gewann sie 5.655 dazu. **uh** □

**Becker, Franziska** - Direkt (Charlottenburg-Wilmersdorf 6)

**Buchholz, Daniel** - Direkt (Spandau 3)

**Buchner, Dennis** - Direkt (Pankow 4)

**Çaglar, Derya** - Direkt (Neukölln 4)

**Dr. Czyborra, Ina** - Bezirksliste (Steglitz-Zehlendorf)

**Domer, Bettina** - Direkt (Spandau 1)

**Dörstelmann, Florian** - Direkt (Charlottenburg-Wilmersdorf 7)

**Düsterhöft, Lars** - Direkt (Treptow-Köpenick 2)

**Geisel, Andreas** - Bezirksliste (Lichtenberg)

**Halsch, Karin** - Bezirksliste (Lichtenberg)

**Heinemann, Sven** - Bezirksliste (Friedrichshain-Kreuzberg)

**Hofer, Torsten** - Direkt (Pankow 2)

**Isenberg, Thomas** - Direkt (Mitte 3)

**Jahnke, Frank** - Direkt (Charlottenburg-Wilmersdorf 4)

**Dr. Kitschun, Susanne** - Bezirksliste (Friedrichshain-Kreuzberg)

## Sie vertreten die SPD im Abgeordnetenhaus

**Kohlmeier, Sven** - Bezirksliste (Marzahn-Hellersdorf)

**Kolat, Dilek** - Direkt (Tempelhof-Schöneberg 3)

**Kollatz-Ahnen, Matthias** - Direkt (Steglitz-Zehlendorf 2)

**König, Bettina** - Bezirksliste (Reinickendorf)

**Korte, Karin** - Direkt (Neukölln 6)

**Kugler, Andreas** - Direkt (Steglitz-Zehlendorf 1)

**Kühnemann, Melanie** - Bezirksliste (Tempelhof-Schöneberg)

**Langenbrinck, Joschka** - Direkt (Neukölln 3)

**Dr. Lasic, Maja** - Direkt (Mitte 7)

**Müller, Michael** - Direkt (Tempelhof-Schöne-

berg 4)

**Radziwill, Ülker** - Direkt (Charlottenburg-Wilmersdorf 3)

**Saleh, Raed** - Direkt (Spandau 2)

**Schaddach, Robert** - Direkt (Treptow-Köpenick 4)

**Schneider, Torsten** - Direkt (Pankow 3)

**Schopf, Tino** - Direkt (Pankow 9)

**Schreiber, Tom** - Direkt (Treptow-Köpenick 5)

**Spranger, Iris** - Bezirksliste (Marzahn-Hellersdorf)

**Stroedter, Jörg** - Bezirksliste (Reinickendorf)

**Verrycken, Frédéric** - Direkt (Charlottenburg-Wilmersdorf 1)

**West, Clara** - Direkt (Pankow 7)

**Wieland, Ralf** - Direkt (Mitte 6)

**Wildenhein-Lauterbach, Bruni** - Direkt (Mitte 5)

**Zimmermann, Frank** - Direkt (Tempelhof-Schöneberg 5)

BVV-Wahlen:

# Veränderungen in den Bezirken

## SPD mit 18 Bezirksamtsmitgliedern - Sondierungsgespräche laufen

**Nach den Bezirkswahlen stellt die SPD 18 der 60 Berliner Bezirksamtsmitglieder und 170 der 660 Bezirksverordneten. Als einzige Berliner Partei ist sie in allen Bezirksämtern vertreten.**

Mit 23,4 Prozent fällt ihr Ergebnis bei der BVV-Wahl leicht besser aus als das der Abgeordnetenhauswahl. Jeweils zwei Stadträtinnen stellt die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Neukölln und neu auch in Steglitz-Zehlendorf. Mit je 1 Stadtrat/Stadträtin ist die SPD in den Bezirksämtern von Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Reinickendorf vertreten. Die CDU stellt berlinweit 16 Bezirksamtsmitglieder, die Grünen 11, die Linke 8 und die AfD 7. Die CDU ist in Friedrichshain-Kreuzberg nicht im Bezirksamt vertreten, die Grünen sind es in Spandau, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Reinickendorf nicht. Die Linke verfehlt - trotz Zugewinnen - den Einzug in die rein westlich geprägten Bezirksämter. Klare Mehrheiten mit drei von fünf Stadträten gibt es nur noch in Friedrichshain-Kreuzberg (Grüne) und Reinickendorf (CDU). Die FDP stellt in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf keine Bezirksverordneten, die Piraten sind in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg noch mit zwei Mandaten vertreten.

### BESTES ERGEBNIS IN SPANDAU

Die besten Bezirksergebnisse erzielte die SPD in Spandau, wo sie 20 Bezirksverordnete stellt und in Neukölln mit 19. In beiden Bezirken ist sie klar stärkste Kraft, in Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick liegt sie mit jeweils 15 Mandaten knapp vorn. Hier hat sie jeweils gute Chancen, wieder die BezirksbürgermeisterIn zu stellen. Am buntesten ist die BVV Friedrichshain-Kreuzberg zusammengesetzt, in der acht Parteien vertreten sind, darunter die Piraten, Die Partei und die FDP mit je 2 Bezirksverordneten, die AfD mit 3, die CDU mit 4.

Die SPD Neukölln, mit 30,4% erneut stärkste Kraft geworden, sieht gute Chancen, dass Dr. Franziska Giffey Bezirksbürgermeisterin von Neukölln bleiben kann. Die SPD setzt im Bezirk auf „die kontinuierliche Investition in die Neuköllner Bildungslandschaft und Infrastruktur des Bezirks, um Integration, Teilhabe und Chancengleichheit sicherzustellen“. Zum anderen werde es weiter darum gehen, Wirtschaft und Arbeit in Neukölln zu fördern



*Franziska Giffey erzielte mit der Neuköllner SPD das zweitbeste Bezirkswahlergebnis. Foto: Horb*

sowie im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen politische Maßnahmen fortzusetzen, die den sozialen Zusammenhalt des Bezirks garantieren und der Verdrängung von Haushalten mit geringem Einkommen aus innerstädtischen Quartieren entgegenwirken. Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey, Kreisvorsitzende der Neuköllner SPD, dankte „für 40.180 Stimmen und das in die SPD Neukölln und mich gesetzte Vertrauen“. „Auch wenn wir einen Verlust von 12% zu verschmerzen haben, liegen wir im bezirksweiten Vergleich deutlich über dem Landesdurchschnitt und konnten das zweitbeste Ergebnis erzielen. Ich freue mich darüber, auch wenn ich das Ergebnis der AfD mit Sorge betrachte. Es wird jetzt darauf ankommen, diese Partei sachlich und fachlich zu stellen und auch mit den neuen Verhältnissen im Bezirk gute Politik zum Erhalt des sozialen Friedens zu machen.“ Dazu finden Sondierungsgespräche mit der CDU, den Grünen, den Linken und der FDP statt.

### KOMPLIZIERTE SONDIERUNGEN

Auch in den anderen Bezirken laufen derzeit Sondierungsgespräche. Allerdings ist nach dem Wahlausgang klar, dass die Chancen für Stefan Komoß in Marzahn-Hellersdorf und Birgit Monteiro in Lichtenberg für eine Wiederwahl als Bezirksbürgermeister schlecht stehen. „Ich will weiterhin die Welt ändern. Beginnend in Lichtenberg. Und ich werde alles dafür tun, dass die SPD Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückgewinnt“, so Birgit Monteiro, die der Linken dazu gratulierte, trotz Verlusten wieder stärkste Partei geworden zu sein.

In Treptow-Köpenick strebt Oliver Igel ei-

ne weitere Periode als Bezirksbürgermeister an. Bislang gab es eine Zählgemeinschaft von SPD, Grünen und CDU. Künftig stellt auch die AfD einen Stadtrat. Als SPD-Fraktionsvorsitzender wurde Alexander Freier-Winterwerb gewählt, der die Nachfolge von Gabriele Schmitz antritt. Seine Stellvertreter(innen) sind Paul Bahlmann, Grit Rohde und Ursula Walker.

Erstmals haben in einem Bezirk fünf Parteien Anspruch auf je einen Stadtrat: In Pankow liegen SPD (20 Prozent), Grüne (20,6 Prozent) und Linkspartei (21,1 Prozent) dicht beieinander, die Linke hat in der BVV 13 Mandate, Grüne und SPD je 12. Die AfD kam mit 13,3 Prozent auf Platz 4 vor der CDU (12,8 Prozent). Linke und Grüne erheben jeweils Anspruch darauf, die Nachfolge des scheidenden Bezirksbürgermeisters Matthias Köhne anzutreten.

### NACHZÄHLUNG IN MITTE

In Mitte hat es durch eine Nachzählung noch einmal Veränderungen gegeben, die sich allerdings nicht auf die Zusammensetzung des Bezirksamts (2 grüne Stadträte, je einer für SPD, Linke und CDU) auswirken. Nach der erneuten Zählung beträgt der Vorsprung der Grünen vor der SPD nur noch 156 Stimmen. Gegenüber der ersten Auszählung am Wahlabend hat die SPD damit 311 Stimmen mehr und kommt - ebenso wie die Grünen - nun auf 14 Bezirksverordnete, die CDU verlor durch die Nachzählung ein Mandat. Ursache war ein Übertragungsfehler aus einem Wahllokal, aus dem statt 314 SPD-Stimmen nur 3 gemeldet wurden. Für den bisherigen Bezirksbürgermeister Christian Hanke zeichnet sich bislang keine Mehrheit ab.

In Spandau kam die SPD mit 33,3 Prozent auf ihr bestes Bezirksergebnis, verlor im Gegensatz zur CDU (minus 11 Prozent) nur wenig. Da die Piratenfraktion, die bislang Helmut Kleebank als Bezirksbürgermeister unterstützt hatte, nicht mehr in der BVV ist, muss die SPD aber ein neues Bündnis suchen. In der BVV käme rot-rot-grün nur auf 27 Sitze, rot-schwarz auf 36, die FDP hat 3 Sitze. Im Bezirksamt sind nur SPD und CDU mit jeweils zwei Stadträten vertreten, einen weiteren stellt die AfD.

In Charlottenburg-Wilmersdorf ist die SPD stärkste Partei, dem bisherigen Bündnis mit den Grünen fehlt aber eine Stimme zur Mehrheit in der BVV. Dort sind die Linken mit 4 und die FDP mit 6 Mandaten vertreten. Im Bezirksamt hätten SPD (zwei Stadträte) und Grüne (ein Stadtrat) weiter eine Mehrheit. **BS** □

## FRAKTION INTERN

### SPD-Fraktion in der 18. Wahlperiode.

Nach der Abgeordnetenhauswahl hat sich die SPD-Fraktion am 22. September konstituiert und den Fraktionsvorstand gewählt. Fraktionschef Raed Saleh wurde mit rund 92 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden gewählt: Dr. Susanne Kitschun, Andreas Kugler, Ülker Radziwill, Jörg Stroedter und Dr. Clara West. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt Torsten Schneider.



Der neugewählte Fraktionsvorstand. Foto: Henning

Die SPD ist nach dem Wahlergebnis von 21,6 Prozent mit 38 Mitgliedern im Abgeordnetenhaus vertreten, 9 weniger als zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode. 28 Abgeordnete haben ihren Wahlkreis direkt gewonnen, 10 ziehen über Listen ein. Zum ersten Mal ins Parlament kommen 11 SPD-Abgeordnete. Der Frauenanteil ist auf 40 Prozent gestiegen. Eine Migrationsgeschichte haben 18 Prozent der Fraktionsmitglieder. Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren. Der jüngste Abgeordnete ist Joschka Langenbrinck (Jahrgang 1985). Bruni Wildenhein-Lauterbach (Jahrgang 1947) wird voraussichtlich als Alterspräsidentin die erste Sitzung der 18. Wahlperiode eröffnen. Die Konstituierung des Parlaments soll spätestens sechs Wochen nach der Wahl erfolgen und wird voraussichtlich am 27. Oktober stattfinden. Erst mit diesem förmlichen Rechtsakt werden die gewählten Abgeordneten handlungsfähig.

Insgesamt wird das neue Parlament wegen überdurchschnittlich vieler Überhang- und Ausgleichsmandate 160 Sitze haben (bisher 149). Sechs Fraktionen ziehen ein: SPD (38 Sitze), CDU (31), Linke (27), Grüne (27), FDP (12) und AfD (24). Ein AfD-Abgeordneter ist wegen seiner früheren Mitgliedschaft in einer rechtsextremen und islamfeindlichen Gruppierung bereits von seiner Fraktion ausgeschlossen worden.

Im Plenarsaal haben die Arbeiten begonnen, um Platz für alle zu schaffen. Die Reihen der Fraktionen werden in Form von Tortenstücken gebaut, die sich nach hinten verbreitern. Welche Fraktion welchen Platz im weiten Halbrund einnimmt, wird noch verhandelt. **cs** □

# Neue Herausforderungen

Fritz Felgentreu sprach mit Neuköllner Hilfsorganisationen

**Unter dem Motto „Herausforderungen im Bevölkerungsschutz“ diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche mit rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der Polizei und dem THW aus ganz Deutschland. Vor Beginn traf sich der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu mit Mario Lietz und Joachim Schwemmer vom THW Neukölln sowie mit Sascha Joschko und Mathias Ruh vom DRK Müggelspree.**

Wie sehen die Zukunftsherausforderungen des Katastrophenschutzes und der Bevölkerungshilfe des Bundes aus? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt des Austauschs, zu dem die SPD-Bundestagsfraktion eingeladen hatte. „Wir wollen die Vertreterinnen und Vertreter der Hilfsorganisationen, die Fachleute, die Praktiker vor Ort in einem offenen Dialog an der Erarbeitung unserer Konzepte beteiligen“, so Fritz Felgentreu. „Denn Starkniederschläge, Unwetter und Überschwemmungen als Folgen des Klimawandels, die wachsende Verwundbarkeit unserer modernen Gesellschaft durch Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Cyberattacken, Terrorismus und die Zunahme von internationalen Krisen sind wichtige Zukunftsthemen“, so der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu.

Der Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe der Bundesrepublik



Fritz Felgentreu mit Mario Lietz und Joachim Schwemmer vom THW Neukölln sowie mit Sascha Joschko und Mathias Ruh vom DRK Müggelspree. Foto: Büro Felgentreu

Deutschland stehen deshalb vor neuen Herausforderungen. Auch die Veränderung unserer Gesellschaft im Hinblick auf den zunehmenden Grad der Vernetztheit, die Veränderungen in der Berufs- und der Arbeitswelt sowie den Demografischen Wandel hat nicht nur Auswirkungen auf den Grad der Selbsthilfefähigkeit unserer Bevölkerung, sondern auch auf das Potential der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Die SPD-Fraktion möchte sich dauerhaft für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe einsetzen und pflegt deshalb schon seit Jahren mit ihren „Blaulichtkonferenzen“ die Diskussion mit Fachleuten, Betroffenen und den Hilfsorganisationen. **PM** □

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Der **SPD-Landesvorstand** hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um das Wahlergebnis aufzuarbeiten. Ihr gehören jeweils zwei VertreterInnen aus Bezirken (Helmut Kleebank und Matthias Köhne), zwei von der Ebene erfolgreicher und nicht erfolgreicher Abgeordnetenhauskandidaturen (Maja Lasic und Ellen Hausdörfer) sowie zwei Mitglieder des Landesvorstands (Mark Rackles und Annika Klose) an.

Die **SPD-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf** hat am 26.09. einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Neuer Fraktionsvorsitzender ist Volker Semler, seit 2006 Bezirksverordneter und in den letzten fünf Jahren stellvertretender BVV-Vorsteher. In den Vorstand wurden weiter gewählt: Jan Kellermann (stellv. Vorsitzender), Bettina Kirsch (Geschäftsführerin), Juliana Kölsch (stellv. Vorsitzende) und Isabel Miels (stellv. Vorsitzende). Der bisherige Fraktionsvorsit-

zende Norbert Buchta hatte auf eigenen Wunsch auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Die **BVV-Fraktion der SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf** hat Holger Wuttig als Vorsitzenden bestätigt. Constanze Röder und Heike Schmitt-Schmelz sind stellvertretende Vorsitzende, Lothar Saßen und Wolfgang Tillinger Beisitzer. Als stärkste Fraktion nominierte die SPD die bisherige stellvertretende BV-Vorsteherin Annetregret Hansen für das Amt der Bezirksverordnetenvorsteherin.

Susanne Kitschun, Abgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg, ist einstimmig zur **koordinierenden Sprecherin der Parlamentarischen Linken (PL)** der SPD Fraktion gewählt. Dem PL-Vorstand gehören ferner Daniel Buchholz, Ina Czyborra, Ülker Radziwill, Frank Jahnke und Tino Schopf an.

# „Die SPD muss auf der Straße sein“

## Wahlanalyse: Zehlendorfer SPD Abteilungen diskutierten mit Gero Neugebauer

**Am Ende der Diskussion stand ein ziemlich einvernehmliches Ergebnis: Jetzt gelte es, den Schwung aus dem Wahlkampf zu nutzen und weiterzumachen: Die SPD müsse regelmäßig auf der Straße sichtbar und ansprechbar sein.**

Das Wahlergebnis vom 18. September wird derzeit in vielen Abteilungen diskutiert und analysiert. Der Landesvorstand hat dazu eine sechsköpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, die externen Sachverständigen hinzuziehen soll. Auch die drei Abteilungen Zehlendorf, Krumme Lanke und Seenplatte hatten zu ihrer Wahlanalyse drei Tage nach der Wahl einen Experten eingeladen: den Politikwissenschaftler Gero Neugebauer.

Neugebauer erläuterte politische Einschätzungen und Einstellungen in der Stadt und Gründe für Wahlentscheidungen, die im Ostteil und Westteil voneinander abwichen. So wurde die SPD im Westteil stärkste Partei vor der CDU, im Ostteil lag die Linke vor der SPD. Soziale Gerechtigkeit spielte diesmal vor allem im Ostteil eine größere Rolle, Wirtschaft und Arbeit sowie Bildung im Westen. „Das Flüchtlingsthema wird in beiden Wahlgebieten gleich betrachtet“, so Neugebauer.

Neugebauer wies auf einen langfristigen Abwärtstrend von CDU und SPD hin, möglicherweise auch im Zusammenhang mit den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in Berlin. 2011 habe es 18 Prozent für die „sonstigen Parteien“ gegeben. „Das gab es in keinem anderen Bundesland“, so Neugebauer. Die Parteienlandschaft in Berlin sei stark zersplittert, auch wenn der Blick auf die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien ein anderes Bild vermittele.

„Zu den langfristigen Faktoren gehört die Parteibindung, sie nimmt in der Bedeutung für eine Wahlentscheidung ab“, stellte Neugebauer fest. Dagegen nehme die KandidatInnenorientierung eher etwas zu. Ein wichtiger Faktor sei zudem die Kompetenzbewertung der Parteien. Daneben spielten kurzfristige Faktoren eine Rolle, aktuelle Erfolge oder auch Pannen.

Betrachte man die entscheidenden Faktoren für die Wahlentscheidung der SPD-WählerInnen, dann sei es die Sachkompetenz. Aber auch die langfristige Parteibindung spiele bei der SPD immer noch eine stärkere Rolle als bei anderen Parteien. Weniger stark kam in Berlin die Kandidatenorientierung zum Tragen.

2011 war soziale Gerechtigkeit für 44 Prozent der Befragten ein wahlentscheidendes Thema, diesmal für 65 Prozent. Etwas weniger wichtig war das Thema Wirtschaft Arbeit (2011: 30 Prozent, 2016: 37 Pro-



Gero Neugebauer (m.) bei der Wahlanalyse in Steglitz-Zehlendorf mit Joachim Elsholz und Andreas Linde. Foto: Horb

zent). Nahezu gleich blieb die Bedeutung des Themas Bildung (2011: 25 Prozent, 2016: 28 Prozent). Zum Befund gehört aber auch, dass der SPD diesmal nur von 31 Prozent zugestimmt wurde, am besten für soziale Gerechtigkeit zu sorgen (2011: 39 Prozent, 2006: 37 Prozent). Neugebauer wies darauf hin, dass in einer Stadt wie Berlin mit drei linken Parteien, die Wettbewerbsbedingungen schwieriger seien.

Nicht unkritisch waren auch die Einschätzungen zur Situation der Stadt, die infratest-dimap erhoben hat. 70 Prozent der Befragten meinten, es werde zwar viel gebaut, aber nicht da, wo es nötig sei. 69 Prozent bescheinigen der Stadt eine unfähige Verwaltung, 61 Prozent sagen: „Egal, wer regiert, keine Partei bekommt die Probleme in den Griff.“

80 Prozent der SPD-Wähler sagten, die SPD habe gute Ideen für die Entwicklung Berlins, für 77 Prozent ist Michael Müller der richtige Mann, um Berlin zu regieren. Allerdings stellten auch 37 Prozent fest, sie habe es in der Regierung nicht geschafft, die wirklichen Probleme anzupacken. Und 31 Prozent wissen im Moment nicht, wofür die SPD inhaltlich steht. Gerade diese Zahl, so Neugebauer, werfe die schon 2011 gestellte Frage auf, wie weit die SPD die gesellschaftlichen Debatten bestimme.

Angesichts des damit auch erkennbaren Veränderungsbedarfs zeigte sich Neugebauer eher skeptisch, was den SPD-Slogan „Berlin bleibt...“ anging. Zwischen den Polen „Optimismus und Fortschrittsversprechen oder Kontinuität und Konservatismus“ stelle sich ihm die Frage: „Was wird denn eigentlich? Man hätte ja auch schreiben können: Berlin wird klüger, Berlin wird schneller, Berlin wird pünktlicher, Berlin wird sauberer. Damit hätte ich Erfahrungen aus der Regierungszeit weitergegeben als eine Orientierung für die künftige Regierungsarbeit.“ So jedoch hätten sich

Wählerinnen und Wähler fragen können: Bleibt denn auch das, was ich kritisiere?

22.000 Wählerinnen und Wähler, so die Analyse von infratest-dimap, wechselten von der SPD zur AfD. Für 63 Prozent war dabei das Thema Flüchtlinge ausschlaggebend, für 46 die innere Sicherheit, für 29 Prozent die soziale Gerechtigkeit.

Neugebauer wies auf ein unterschiedliches Verständnis des Begriffs „soziale Gerechtigkeit“ hin. Nach Ansicht der SPD müssten den Menschen die Mittel zur Verfügung stehen, die es ihnen erlauben ein Leben in Würde zu führen, dazu gehöre auch die soziale politische und kulturelle Teilhabe. „Bei der AfD heißt soziale Gerechtigkeit: a-f-D: alles für Deutsche.“ Bei der AfD gehe es nicht nach dem Prinzip Bedürftigkeit, sie sei dafür, dass jeder für sich selbst Sorge und rechne alles Mögliche an, um Arbeitsbereitschaft zu steigern. Aber die Wählerinnen und Wähler der AfD glaubten, dass andere, etwa die Flüchtlinge, mehr bekämen als sie selbst und sehen darin eine Ungerechtigkeit. Hier müsse ganz deutlich gemacht werden, wie und für wen ein sozialdemokratischer Begriff von sozialer Gerechtigkeit greife und „wo er sich auch abgrenzt von solchen, die ein Wolkenkuckucksheim versprechen, aber nicht mal sagen, wo das liegt“, so Neugebauer.

Als wesentlich für die Wahlentscheidung und künftig noch bedeutungsvoller hält Neugebauer die Themen, Wirtschaft, Arbeit, Flüchtlinge, Angst vor Terror, die als Auswirkungen der Globalisierung gewertet werden müssen. Neugebauer: „Wenn wir lokale Probleme als Auswirkungen globaler Probleme erkennen, was müsste dann die Berliner SPD eigentlich tun, um ihre führende Rolle nicht nur behalten, sondern auch auszubauen?“ Das sollte in der Partei künftig diskutiert werden.

Während Gero Neugebauer in der Diskussion dafür plädierte, sich in einer möglichen rot-rot-grünen Koalition eher einvernehmlich darzustellen, plädierte Nils Diederich dafür, dass die SPD ihre weitergehenden Ziele deutlich machen müsse. Nils Diederich sah im Ergebnis ein klares Votum gegen die große Koalition, SPD-Wählerinnen und Wähler, die eine Fortsetzung fürchteten, seien zur Linkspartei oder den Grünen abgewandert. Diskussionsteilnehmer kritisierten zudem die Rolle der Medien, die wenig dazu beitragen würden, die Hintergründe von Politik zu erhellen. Mark Rackles warb für einen neuen Stil in der Landespolitik und im Umgang der möglichen Koalitionsparteien untereinander, um erfolgreich zu sein. **uh** □

Wahlen:

# Erwartungen an einen neuen Senat

Stellungnahmen aus SPD und Gewerkschaft

**Was soll nach dem Wahlausgang angedacht werden? Welche Erwartungen an den Senat gibt es? Stimmen aus der SPD und der Gewerkschaft.**

**Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg:** „Es ist wichtig, dass bald konstruktive Gespräche über eine Regierungsbildung beginnen. Vom neuen Senat erwarten wir eine wirksame Politik für gute Arbeit in Berlin, dazu haben die Gewerkschaften ihre Vorschläge vorgelegt. Die gute wirtschaftliche Entwicklung muss genutzt werden, um Verbesserungen bei Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen und Qualifizierung zu erreichen und die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Für den öffentlichen Dienst in Berlin muss es endlich ein strategisches Personalkonzept geben, das sich an den notwendigen Aufgaben orientiert und dabei sowohl den altersbedingten Personalabgang als auch den zusätzlichen Personalbedarf durch die wachsende Stadt berücksichtigt. Soziale Fragen müssen in allen Politikbereichen eine zentrale Rolle spielen, vor allem das Thema bezahlbarer Wohnraum ist eine Herausforderung für den neuen Senat. Dass mit der AfD eine rechtspopulistische Partei in Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen einziehen wird, sehen wir mit Sorge. Diese Partei schürt Ängste und vertritt eine arbeitnehmerfeindliche Politik.“

**Daniela Kaya, Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin:** „Die SPD Berlin bleibt das Gesicht unserer vielfältigen Metropole. Trotz des historisch schlechten Ergebnisses, freuen wir uns, dass mit Derya Caglar aus Neukölln, Dilek Kolat aus Tempelhof-Schö-



Hohe Erwartungen an die SPD.

Foto: Horb

neberg, Maja Lasic aus Mitte, Ülker Radziwill aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Raed Saleh aus Spandau, Robert Schaddach aus Treptow-Köpenick und Frederic Verrycken aus Charlottenburg-Wilmersdorf profilierte Köpfe mit Migrationsgeschichte in die neue SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin einziehen werden. Sie alle sind Expertinnen und Experten auf unterschiedlichen Fachgebieten und verkörpern zugleich, dass das Versprechen auf Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft in der Sozialdemokratie eingelöst wird. Daneben bedauern wir sehr das Ausscheiden unseres integrationspolitischen Sprechers, Rainer-Michael Lehmann. Er hat mit großem persönlichem Engagement unsere Sache im Parlament vorangetrieben. Leidenschaftlich und unerschrocken zeigte er gegen die erstarkende rechte Szene in Pankow Flagge. Seit Sonntagabend wissen wir: vergeblich. Dass nun ausgerechnet die rechtspopulistische AfD das Di-

rektmandat holte, ist sehr bitter. Darüber hinaus danken wir allen weiteren SPD-Kandidierenden mit Migrationsgeschichte, die es diesmal nicht ins Abgeordnetenhaus von Berlin geschafft haben.“

**Christian Hass, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA):** „Das sind die Themen, die in den Koalitionsverhandlungen aus unserer Sicht einvernehmlich geregelt werden müssen:

1. Faire Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und gute Löhne
2. Keine Aufträge von Land und Bezirken mehr an Auftragnehmer, die nicht wenigstens den Mindestlohn pro Stunde bezahlen
3. Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes
4. Perspektiven für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für bezahlbaren Wohnraum durch unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften und der Förderung preisgünstiger Neubauwohnungen
5. Keine Veräußerung/Privatisierung öffentlicher Einrichtungen mehr
6. Verstärkte Ausbildung, Einstellungen sowie eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
7. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen müssen Steuerbetrug, Schwarzarbeit und Korruption durch mehr Personal bei der Steuerfahndung, dem Zoll und der Justiz verstärkt bekämpft werden

Wir werden uns in die Verhandlungen einbringen, denn ein linkes Bündnis hat jetzt in Berlin die Chance, auf diesen Politikfeldern gute Ergebnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den nächsten Jahren politisch umzusetzen.“

BS □

## „Einen inhaltlichen Neuanfang wagen“

Sven Kohlmeier zum Ergebnis der Wahlen in Berlin

**Das Wahlergebnis für die SPD war ein Erdbeben. Mit 21,6 % haben wir das historisch schlechteste Wahlergebnis eingefahren. In meinem Heimatbezirk Marzahn-Hellersdorf ist die AfD mit 23,6% stärkste Kraft (Zweitstimmen), es folgen die Linkspartei (23,5%), CDU (17,3%) und dann ... die SPD mit 17,0 %. Am Wahlabend wurde von der SPD auf Landesebene stolz verkündet: Die SPD hat einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Wir haben einen klaren Vorsprung vor den anderen Parteien.**

Ich werte das Wahlergebnis anders. Wir

haben eine der bittersten Niederlagen erfahren. Wir haben unsere Wahlziele nicht erreicht: 30% Wahlziel – nicht erreicht; Zweierkoalition – nicht erreicht; AfD aus dem Parlament halten – nicht erreicht. In den Bezirken weiterhin die/den Bürgermeister/in stellen – für Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Pankow nicht erreicht. Begründet wird das Wahlergebnis damit, dass in einer 6-Parteien-Konstellation keine 30%-Ergebnisse und Zweierkoalitionen nicht mehr möglich sind. Ich halte das Argument für ein Zirkelargument. Es liegt nicht an der 6-Parteien-Konstellation.

Es liegt an uns. Nicht wir sind schwach, weil sechs Parteien im Abgeordnetenhaus vertreten sind. Sondern es gibt sechs Fraktionen, weil wir es nicht schaffen, zu begeistern und Menschen für unsere Politik zu gewinnen.

Anfang September stehe ich am Stammtisch im Restaurant „Zum Oberfeld“ in meinem Wahlkreis. Ich bin dort gerne, weil mir die Meinung ungefiltert und manchmal auch politisch unkorrekt gesagt wird. Eine Kaulsdorferin sagt mir, dass sie bisher immer SPD gewählt hat. Diesmal wird sie aber nicht SPD wählen. Die von der AfD



**Fortsetzung von Seite 8**

will sie aus Protest aber auch nicht wählen, CDU sowieso nicht. Linke und Grüne erst recht nicht, sie will den Stimmzettel ungültig machen. Warum sie nicht SPD wählt? Wir müssen mehr für Bildung und die Kinder machen. Brennpunktschulprogramm, kostenlose Kita, Ganztagsbetreuung, Schulförderer kann ich aus dem FF unsere bildungspolitischen Schwergewichte aufzählen. Schau dir mal die Schulen und Kitas an, unsaniert, dreckig, Schulklos kaputt, alte Sporthallen oder durch Flüchtlinge belegt. Ich höre das nicht zum ersten Mal. Viele auf der Straße haben das Gefühl: Es gab Geld für die Bankenkrise, es gibt Geld für die Flüchtlinge, aber man spricht nie über uns. Wenn man mich darauf anspricht, kann ich verstehen, dass den Menschen die Veränderungen Sorgen machen. Sie haben den Eindruck, dass für die normalen, einfachen Leute immer weniger getan wird.

Und die Menschen im Osten haben den Eindruck, dass für sie in den letzten 25 Jahren immer wenig getan wurde. Weniger Lohn für gleiche Arbeit, eine geringere Rente als im Westen, immer weiter steigende Mieten, unsanierte Straßen und Schulen. „Da war es ja im Osten besser!“ wird die DDR-Zeit verklärt. Nicht wenige im Ostteil Deutschlands gefallen sich vielleicht in dieser Opferrolle, weil sie die permanente Bestätigung für das eigene soziale und wirtschaftliche Scheitern ist. Die „Flüchtlingskrise“ kommt da gerade Recht. Wieder ein neuer Anlass, um das eigene Scheitern jemand anderem zuzuschreiben. Und selbst die, die nicht gescheitert sind, fühlen sich abgehängt und von der Politik unverstanden. Das Gefühl, von der Politik verlassensüchtig zu werden, paart sich mit der Erfahrung, dass große politische Veränderungen letztlich über die Leute rollen. Die Art und Weise, wie die Flüchtlingskrise politisch gehandhabt wurde, nämlich mit einem achselzuckenden „Wir schaffen das“ hat dieses Grundgefühl neu bestärkt. Ostdeutsche haben nicht weniger Herz für Flüchtlinge, sie sind auch nicht ausländerfeindlich. Sie glauben nur einfach nicht daran, dass die Politik sie diesmal mit den Problemen nicht alleine lässt. Dieses Gefühl scheint im Osten besonders verbreitet und ich kann dies gut nachvollziehen. Die Wendezeit war gekennzeichnet von enormen und bis tief in das Privatleben eingreifenden Veränderungen. Die Sorge vor der Zukunft, Existenzängste, berufliche Umbrüche, „geflüchtet“ worden durch die Wiedervereinigung in ein neues Land, dort angekommen und auf sich allein gestellt. Weniger Lohn als im Westteil, eine geringere Rente, eine Steuer für den Aufbau Ost – da fühlt man sich wie Eltern und Kinder zweiter Klasse. Und diese Gefühl setzte sich über 25 Jahre fest...



Sven Kohlmeier ist Abgeordneter für Marzahn-Hellersdorf. Foto: Joachim Gern/SPD Berlin

Als ich im vergangenen Jahr mit Raed Saleh die „Grundschule am Schleipfuhl“, eine Brennpunktschule in Hellersdorf, besuchte, trafen wir auf die Kinder dieser Generation. Und wir trafen auf Lehrer, die einen Brandbrief in der Tasche hatten: überfüllte Klassenräume, eine technische Ausstattung aus den goiger Jahren, ein mobiler Unterrichtsraum (MUR) der widerlich nach Toilette roch, weil die Rohre nicht gereinigt werden, Schultoiletten die unbenutzbar waren. Und dann müssen wir noch Willkommensklassen abdecken, so die Lehrerschaft. Auch hier war wieder dieses Gefühl zu spüren: Für die Banken und Flüchtlinge ist Geld da. Und wir kämpfen seit Jahren für eine bessere Ausstattung, für eine angemessene Ausstattung und werden immer nur getröstet.

Wir konnten die Lehrer verstehen. Raed Saleh, weil er weiß, dass sozialer Aufstieg in der Schule beginnen muss. Und ich, aufgewachsen in Marzahn und Hellersdorf, weil ich erlebt habe, dass nur gute Bildung jungen Leuten hilft, einen erfolgreichen und eigenständigen Weg zu gehen.

Wir wollten beide gerne helfen. Doch selbst bei den kleinen Schritten, um der Schule Beachtung und den Lehrern Wertschätzung zu zeigen, bin ich manchmal verzweifelt. Eine neuer MUR mit mehr Räumen und neuen Toiletten? Geht nicht, es besteht kein Baurecht und es sind keine Haushaltsmittel da. Eine neue geschenkte PC-Ausstattung? Geht nicht, dass muss der Schulträger erst abnehmen und genehmigen. Ein neuer Anstrich für den DDR-Beton-Bau? Keine Haushaltsmittel, zumindest derzeit nicht.

Und dann erinnere ich mich an das Gespräch beim Stammtisch „Für die Banken und Flüchtlinge ...“ und ich kann die Menschen und deren Frustration über Politik verstehen. Für die „Grundschule am Schleipfuhl“ konnte ich mit viel Unterstützung und Anstrengung einige Verbesserungen

erreichen: Einbeziehung in das Quartiersmanagementgebiet, die Unterstützung für ein Schulfest, eine Reinigung der Toilettenrohre, die Perspektive auf einen Ergänzungsbau. Was bleibt, ist das komische Gefühl, dass man in Berlin das erkämpfen muss, was eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Dieses Beispiel ist vielleicht nur exemplarisch die Erklärung, warum Menschen das Gefühl haben, dass Politik nicht mehr für sie da ist und sie vergessen werden. Politik ist kompliziert, ein ständiger Kampf um die Mittel zwischen den verschiedenen Ressorts, Interessen, Parteien. Aber wenn wir so weiter machen, verlieren wir noch mehr Vertrauen und rechtfertigen vielleicht demnächst 15 % – „Wahlerfolge“ mit einem 8-Parteien-System. Die Berliner SPD sollte deshalb einen inhaltlichen Neuanfang wagen und sich und der Stadt ein paar Fragen beantworten. Wofür stehen wir? Was sind die Berlin-Projekte der nächsten 5 – 10 Jahre? Wie verhindern wir das Auseinanderdriften von Innenstadt und Randbezirken? Welche Maßnahmen ändert die persönliche Lebenssituation von Berliner unmittelbar? Welche Versprechungen können wir nicht halten?

Liebe SPD, ich denke, wir müssen darüber reden. Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen: Sondierung, Koalitionsvertrag und wird schon alles gut gehen. Ich fordere keine persönlichen Konsequenzen. Aber die Angst von Politikern vor vermeintlichen Personaldebatten darf auch nicht dazu führen, dass wir unser katastrophales Wahlergebnis überhaupt nicht selbstkritisch aufarbeiten oder auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Ich glaube, dass wir 23,6% der Wähler in Marzahn-Hellersdorf nicht ignorieren können und sollten, wenn wir den Osten nicht aufgeben wollen und die „Die Berlin-Partei“ sein wollen. Und wir sollten nicht ignorieren, dass ehemalige SPD-Wähler/innen uns nicht mehr vertrauen und trotzdem keine Protest-Partei wählen wollen. Es gelingt, innerhalb weniger Wochen auf die Banken- oder Flüchtlingssituation zu reagieren. Warum können wir nicht innerhalb weniger Wochen ebenso auf scheiternde Bürgerämter reagieren? Eine neue Sportfläche auf einer Freifläche einrichten? Einen Spielplatz auf einer ungenutzten Brache herrichten? Schulklos reinigen und neue Schulklos und Waschbecken einbauen? Eine Freibademöglichkeit im Bezirk? Die Antwort sollte nicht sein: „Geht nicht.“ Die Antwort sollte sein: „Wie geht das und warum geht das nicht schneller?“. Lasst uns eine Politik machen, die wieder für mehr Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner sorgt. Und lasst uns am Stammtisch, in Sportvereinen, in Fördervereinen von Schulen hören, auf welchem Weg wir dabei sind.

Sven Kohlmeier, MdA □

Arbeit:

# Digitale Tagelöhner

## Studie untersucht die Erwerbsarbeit im Internet

**Das Heer der Klickarbeiter im Internet wächst. Eine neue, von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie liefert erstmals einen qualitativen Überblick darüber, wer die Menschen in der „Crowd“ sind - und warum die digitale Erwerbsarbeit faire Spielregeln braucht. Die Studie gehört zu einer Reihe von Aktivitäten, mit denen die Hans-Böckler-Stiftung die Arbeitswelt von morgen ausleuchtet. Dazu zählt auch die Kommission „Arbeit der Zukunft“: 34 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und betrieblicher Praxis arbeiten dort an Diagnosen und Empfehlungen.**

Sie sind jederzeit verfügbar. Jeder kann sie anheuern. Sie arbeiten mal hier, mal dort, meistens aber am heimischen Computer. Feste Arbeitszeiten kennen sie nicht, schon gar nicht Kündigungsschutz oder Urlaubsanspruch. Die Rede ist von „Crowd Workern“, die ihre Dienste über das Internet anbieten. Wer sind die digitalen Tagelöhner und was denken sie selbst über ihre Arbeit?

MAL ZUVERDIENST, MAL  
LEBENSUNTERHALT

Eine Antwort geben Wissenschaftler um den Informatikprofessor Jan Marco Leimeister von der Universität Kassel. Ihre von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie liefert - basierend auf einer Befragung von 434 Crowd Workern - erstmals wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wie Klickarbeiter in Deutschland arbeiten. Dabei zeigt sich: Crowd Worker sind häufig gut ausgebildet. Viele nutzen die Jobs im Internet als Zuverdienst, doch gut ein Fünftel der Befragten verdient damit den Lebensunterhalt - zum Beispiel als Programmierer oder Designer.

Marktplätze im Internet machen es Freiberuflern leicht, in Kontakt mit potenziellen Auftraggebern zu kommen. Umgekehrt können Arbeitgeber dort jederzeit auf ein großes Reservoir an Arbeitskräften mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten zurückgreifen. Die Vergabe von Arbeiten an eine anonyme Masse im Netz wird auch „Crowdsourcing“ genannt, ein Kofferwort aus „Crowd“ (zu Deutsch: Menschenmenge) und „Outsourcing“ (Auslagerung). Für die Unternehmen hat Crowdsourcing den Vorteil, dass sie Aufgaben schnell und flexibel bearbeiten lassen können. Eine mögliche Gefahr hierbei: Was vorher von Festangestellten erledigt wurde, könnte an Klickarbeiter ausgelagert werden.



*Viel Arbeit und geringe Bezahlung: Etwa 70 Prozent der „Clickworker“ verdienen weniger als 500 Euro im Monat - als „effektives Einkommen“ nach Abzug der Gebühren der Plattformen.*

WACHSENDE ZAHL DER  
„CLICKWORKER“

„Crowd Work hat in den vergangenen Jahren ein erstaunliches Wachstum verzeichnet“, schreiben die Forscher um Leimeister, der auch der Expertenkommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung angehört. Einen Hinweis darauf, wie viele Klickarbeiter in Deutschland existieren, liefern die Nutzerzahlen einzelner Marktplätze. Eine der größten und ältesten Plattformen ist „Clickworker“, ein Viertel der mehr als 700.000 Mitglieder stammt nach Angaben des Anbieters aus Deutschland. Auch auf internationalen Marktplätzen wie „Freelancer“, „Upwork“ oder „99Designs“ sind mehrere Tausend Mitglieder aus dem deutschsprachigen Raum registriert. Bislang nutzen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen die Dienste von Crowd Workern, aber auch Konzerne wie die Telekom.

Der überwiegende Teil der Crowd Worker ist laut der Studie gut ausgebildet - knapp die Hälfte hat einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Männer ist geringfügig höher als der der Frauen. Die Mehrheit ist ledig. „Hier liegt die Vermutung nahe, dass diese ihre persönliche Freizeit stärker für Crowd Work nutzen als verheiratete oder in einer Partnerschaft lebende Personen“, so die Studie. Gut die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie zu unterschiedlichen Tageszeiten arbeiten, häufig abends oder nachts. Nur vier Prozent sind regelmäßig morgens aktiv. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt knapp 14 Stunden pro Woche.

Die Bandbreite der Jobs im Internet reicht von einfachsten Tätigkeiten zum schnellen Nebenverdienst bis hin zu komplexen Projekten. Bei den einfachen Arbeiten kann es zum Beispiel um die Recherche von Adressen oder die Verschlagwortung von Texten und Bildern gehen. Etwas anspruchsvoller wird es beim Testen von Produkten und Apps. Sehr hoch sind die Anforderungen in der Regel in den Bereichen Design und Programmierung.

FÜR DIE ALTERSVORSORGE  
REICHT ES NICHT

Entsprechend unterschiedlich sind die Einkommen: Etwa 70 Prozent verdienen weniger als 500 Euro im Monat - als „effektives Einkommen“ nach Abzug der Gebühren der Plattformen, aber vor Steuern. Dabei handelt es sich häufig um Nebenverdienste. Insgesamt liegt das mittlere Einkommen derjenigen, die nebenberuflich als Crowd Worker tätig sind, bei 326 Euro pro Monat. Bei den Crowd Workern im Hauptberuf - dies sind rund 20 Prozent der Befragten - beträgt das mittlere „effektive“ Einkommen rund 1.500 Euro. Etwas mehr als die Hälfte derjenigen, die ihr Haupteinkommen aus der digitalen Erwerbsarbeit erzielen, sorgt der Studie zufolge nicht für das Alter vor.

OHNE INTERESSENVERTRETUNG

Die Mehrheit der Crowd Worker fühlt sich „nicht ausgebeutet“, ist „gleichzeitig aber auch nicht zufrieden mit dem Arbeitsumfeld“, heißt es in der Studie. Am wenigsten zufrieden mit Bezahlung und Wertschätzung sind Designer. Ein Grund könnte der spezielle Wettbewerb in diesem Bereich sein, vermuten die Wissenschaftler. Bei Ausschreibungen reichen mehrere Mitbewerber ihre Entwürfe ein. Doch nur wer den Zuschlag erhält, wird entlohnt. Dass der Rest leer ausgeht, empfinden viele als unfair. Es ist daher kein Wunder, dass der Wunsch nach Mitbestimmung auf Design-Plattformen besonders ausgeprägt ist: Knapp 70 Prozent der Crowd Worker in diesem Bereich wünschen sich eine Interessenvertretung.

PM □

Jan Marco Leimeister, David Durward, Shkodran Zogaj: Crowd Worker in Deutschland - Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen. Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 323, Juli 2016. [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_study\\_hbs\\_323.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_323.pdf)

Rechtsradikalismus:

# Wutbürger und Brandstifter

Extremismusforscher Hajo Funke über AfD, Pegida und Rechtsradikale

„Wir gehen davon aus, dass die AfD, würde ihr Macht und Einfluss zuteil, eine gefährliche und auf Dauer unser Gemeinwesen zerstörende Dynamik entfesseln könnte.“ So deutlich bringt es der Politologe Prof. Dr. Hajo Funke in seinem gerade erschienenen Buche „Von Wutbürgern und Brandstiftern“ auf den Punkt. Funke legt damit mehr als eine Studie zu den Hintergründen und Erscheinungsweisen des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus vor. Es ist auch eine politische Kampfansage.

Der Politikwissenschaftler beschreibt das Unbehagen und die Ressentiments, auf denen Pegida, AfD und rechtsradikale Netzwerke aufbauen. Es sind die weltweiten Krisen, für die sich keine Lösungen zeigen, die Korruptionsfälle, die Steuerflucht, die Betrügereien wie bei VW. „Die Wahrnehmung einer Welt, die nicht mehr kontrollierbar erscheint, führt zu individuellen und kollektiven Verunsicherungen.“ Dazu kommen - trotz einer florierenden Wirtschaft - die persönlichen Abstiegsängste. Die im neoliberalen Zeitalter abgebaute öffentliche Daseinsvorsorge und zunehmende, soziale Ungleichheit verstärken Ängste, die zunehmend in Aggression umschlagen. Das einstige (sozialdemokratische) Aufstiegsversprechen gilt nicht mehr.

Vorbehalte und Vorurteile gibt es, so zeigt es auch die an der Leipziger Universität entstandene „Mitte-Studie“, unter Anhängern aller Parteien. Aber, so Funke: „Die Umfrage zeigt, dass die AfD in ihrer Anhängerenschaft die Ressentimentbehafteten bündelt.“ So halten über 70 Prozent der AfD-Anhänger die Bundesrepublik für „überfremdet“, bei der SPD sind es etwas mehr als 30 Prozent. Funke: „Die dynamische Entwicklung der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Bewegungen konnten wir in den letzten beiden Jahren beobachten, die Ergebnisse der ‚Mitte-Studie‘ zeigen ihr ausweitbares Potenzial.“ Auch rassistische Gewalt dehne sich aus. Belege liefert Funkes Buch mit den Berichten aus den Opferberatungsstellen östlicher Bundesländer. Strafverfolgungsbehörden attestiert er dabei durchaus „Wahrnehmungsdefizite“. Am Beispiel des Straßenterrors von Tröglitz, der auch mit persönlicher Bedrohung des von der CDU aufgestellten Bürgermeisters und seiner Familie einherging, beschreibt er die Wirkungskette. Der Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft wird zum Erfolg des Neonazi-Terrors. „Es ist das erklärte Ziel von Neonazis, die Macht des Rechtsstaats zu brechen und an ihrer Stelle



die Willkürmacht der Straße zu setzen“, so Funke. Dass es bei verschiedenen Anlässen nicht gelungen ist, das Gewaltmonopol der Polizei durchzusetzen, sieht Funke als Grund für spätere rechtsradikale Gewaltakte andernorts.

Den Pegida-Anhängern bescheinigen Studien ein „paranoides Weltbild“. So wurden u.a. 1000 Facebook-Kommentare auf der Seite der Bewegung aus dem Jahr 2015 ausgewertet. Aussagen über Flüchtlinge, Migranten und Muslime zielen dabei „durchgängig auf Abwertung, Delegitimation und Schuldzuweisung“. Funke: „Das Weltbild von Pegida besteht - so die Auswertung der Einträge auf Facebook - vordergründig aus der Wahrnehmung einer unmittelbar bevorstehenden oder in Gang befindlichen Übernahme Deutschlands und Europas durch den Islam und dessen totalitärer Herrschaft.“ Dahinter stünden arabische Staaten, unterstützt, warum auch immer, von deutschen und europäischen Regierungen und den Medien. Das rechtfertigt nach Einschätzung der Schreiber das Vorgehen gegen Flüchtlinge mit allen Mitteln. „Aus der Analyse des Nationalsozialismus und seines Antisemitismus wissen wir, dass die Kraft des krankhaft Paranoiden unzählbar ist, wenn sie nicht frühzeitig gestoppt wird. Am Ende kennt sie nur ein Ziel, dass nämlich die Invasoren, die ‚uns‘ zerstören, ausgeschaltet werden müssen, damit das eigene Volk überlebt“, schreibt Funke. „In dieser Logik ist jede Flüchtlingspolitik Verrat am Volk.“ Funkes Vorwurf geht hier vor allem an die CDU-geführten Landesregierungen, die nicht ausreichend und entschieden genug Stellung bezogen hätten

Funke lässt dem Pegida-Kapitel eine kurze Beschreibung der unterschiedlichen regionalen Bewegungen und ihrer Vernetzungen mit der Neonazi-Szene folgen.

Als „rechtspopulistisch in der Methode“ und „rechtsradikal in der Substanz“ beschreibt Funke die AfD nach der Entmachtung der „Professorenriege“ um Parteigründer Bernd Lucke. „Selten in der Geschichte des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus verwandelte sich im Nachkriegseuropa eine gemäßigte Rechtspartei so schnell und so radikal von der Spitze aus in eine Partei der rechtsradikalen Agitation“, stellt Funke fest. Die Machtübernahme durch die Vertreter der „Erfurter Resolution“ und die „Patriotische Plattform“ hat die Partei radikalisiert. „Die AfD fordert eine Bundesrepublik Deutschland, die sich weit weg von den Standards rechtsstaatlich freiheitlicher Demokratie befindet“, so Funke. Die AfD strebe wie die extreme neue Rechte die „Reinhaltung“ von Staaten und Gesellschaften nach „Ethnien“ als völkische Nationen an. Dass die AfD-Vorsitzende Petry inzwischen - nach Erscheinen des Buches - den Begriff „völkisch“ wieder salonfähig machen möchte, erscheint in dieser Ausgrenzungslogik nur konsequent.

Der Rechtsruck der AfD zeige sich im Besonderen in der Islamfeindlichkeit und der beabsichtigten Einschränkung der Religionsfreiheit, sagt Funke. Das sei ein klarer Verfassungsbruch. Funke setzt sich mit den Protagonisten der AfD und ihren zum Teil kruden genetischen Thesen auseinander, er beschreibt die handelnden Personen, die in der AfD die Vernetzung mit Pegida-Rednern, Identitären oder gewaltbereiten Rechtsextremisten vorantreiben. Die AfD, so Funke Einschätzung, will eine andere Republik.

Funke zeigt die Grenzen der Arbeit gegen rechts auf und beschreibt die Gefahren für den sozialen Frieden. Während sich die AfD-Spitze moderat gebe, entwickle sie sich in der Ausrichtung radikal. Seine Bestandsaufnahme ergänzt der Politikwissenschaftler mit Thesen zur Integration und einem Appell an die Demokraten „gerade nicht mit Angst Politik zu machen“. Er fordert den sozialen Ängsten Gehör zu verschaffen - mit bezahlbarem Wohnraum, einer Bildungspolitik, die Chancen eröffnet, einer umfassenden Arbeitsmarktpolitik mit Sicherung von Mindestlöhnen und der Hilfe für Langzeitarbeitslose. Noch lasse es sich verhindern, dass Rechtspopulismus die Mitte der Gesellschaft erreicht, ist Funke überzeugt. Wohl auch deshalb grüßt er auf der letzten Seite seines Buches alle Aktiven in demokratische Parteien und Gewerkschaften, die gegen rechts kämpfen.

U. H. □

Sachbuch:

# Beschämende Unrechtsurteile

## Das Berliner Kammergericht und die NS-Mordmaschinerie

**Das Berliner Kammergericht in der Schöneberger Elßholzstraße hat eine lange ehrwürdige Geschichte mit exzellenten Beispielen richterlicher Unabhängigkeit. Die Schattenseite dauerte von 1933 bis 1945. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hat akribisch die Tätigkeit des Gerichts während dieser Zeit durchgearbeitet und legt dabei das beschämende Kapitel dieses Gerichts offen.**

Bekannt war bislang, dass im Plenarsaal als Volksgerichtshof gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 verhandelt wurde. Das Kammergericht selbst war an Unrechtsurteilen beteiligt. Vom 1934 geschaffenen Volksgerichtshof konnten Fälle des nach damaligen Rechts Hoch- und Landesverrats an das Kammergericht oder an Oberlandesgerichte delegiert werden. Tuchel hat sich mit 69 Todesurteilen des Berliner Kammergerichts zwischen 1943 und 1945 befasst und in diesem Buch aufbereitet.

Er dokumentiert auf weiten Strecken Anklageschriften sowie Urteile und legt damit die Denkweise der Ermittlungsbehörden wie der Justiz offen. Es kristallisiert sich heraus: Die Justiz des Dritten Reiches war nicht nur Büttel des NS-Regimes, son-



*Johannes Tuchel, Die Todesurteile des Kammergerichts 1943 bis 1945, Eine Dokumentation, Lukas Verlag, Berlin, 2016, 456 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86732-229-4*

dern aktiver Mittäter. Noch im März 1945, als für jeden Berlin längst klar sein musste, dass der NS-Staat am Ende war, sprachen die Richter des Kammergerichts 17 Todesurteile.

Ein Beispiel: Im AEG-Betrieb in der Weddinger Drontheimer Straße agierte bis zum Frühjahr 1945 eine Widerstandsgruppe, sie verteilte Flugblätter und verbreitete Auslandsnachrichten. Sie flog im Februar 1945 auf. Zehn ihrer Mitglieder wurden verhaftet. Der Strafsenat 10b des Kammergerichts verhandelte am 24. März 1945 gegen sie im Gerichtsgebäude in der Moabiter Turmstraße und verurteilte noch am gleichen

Tage sieben der Angeklagten zum Tode. Die Angeklagten Richard Weller, Erich Dzaebel, Walter Heerlein, Gerhard Krüger, Franz Pieper, Erich Pohl und Alois Splaneemann wurden zwei Tage später nach Plötzensee gebracht und am 13. April 1945 zwischen 9:20 und 11:05 enthauptet. Sie waren nicht die letzten Opfer einer Terrorjustiz. Das Kammergericht fällt noch am 18. April 1945 ein Todesurteil gegen Erwin Scholz, am Tage der angesetzten Hinrichtung befreite die Rote Armee um 15 Uhr die Häftlinge in Plötzensee.

Tuchels Dokumentation der Gerichtsakten über 69 Todesurteile des Berliner Kammergerichts wirft ein beschämendes Licht auf ein noch nicht allzu lang zurückliegendes Kapitel. Und, daran lässt der Autor keinen Zweifel, es sind bislang erforschte Zwischenergebnisse.

Im Fazit schreibt er: „Ein Ermittlungsverfahren gegen die an den Todesurteilen beteiligten Staatsanwälten und Richter hat es nicht gegeben.“ Es ist ein großes Verdienst Johannes Tuchels, eines der bislang unbekanntesten Kapitel der jüngeren deutschen Rechtsgeschichte aufgeschlagen zu haben. Das Lesen von Tuchels Buch allein genügt nicht, so etwas muss noch praktische Folgen haben. **Gunter Lange** □

Medienholding

## Beitrag zur Meinungsvielfalt

### SPD-Beteiligungsgesellschaft ddivg legt Bilanz vor: Weniger Gewinn, aber vorsichtiger Optimismus

**Die SPD-Medienholding ddivg hat das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1,9 Mio. € abgeschlossen. 2014 hatte er noch bei 6,4 Mio. € gelegen. Verantwortlich für den Rückgang sind nach Angaben der ddivg erhebliche Restrukturierungen. Daneben hatten die Verlagsbeteiligungen der ddivg durch die Einhaltung des Mindestlohns höhere Kosten zu verbuchen, etwa im Bereich der Zeitungszustellung**

Auch das Betriebsergebnis bleibt mit 4,6 Mio. € um 4,8 Mio. € hinter dem des Vorjahres zurück. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit weist 9,8 Mio. € aus; 2015 betrug er noch 14 Mio. €, war jedoch durch Einmal-Effekte beeinflusst.

„Mit dem Ergebnis 2015 haben wir unser geplantes Ziel erreicht. Der Blick in unsere Beteiligungen stimmt uns optimistisch, dass wir für das laufende Jahr spürbare Restrukturierungserfolge aufweisen können“, erklärte ddivg-Geschäftsführer Jens Berendsen auf der Pressekonferenz.



Auch der Vorwärts-Verlag ist Teil der ddivg.

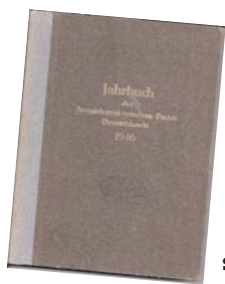
Foto: Horb

Dietmar Nietan, Generaltreuhänder der ddivg und SPD-Schatzmeister bezeichnete es auch als Aufgabe der ddivg, einen Beitrag für eine plurale Meinungslandschaft in Deutschland zu leisten. „Dieser Auftrag bleibt wichtig: Demokratische Willensbildungsprozesse brauchen einen starken unabhängigen Journalismus. Dieser ist nicht umsonst zu haben, sondern benötigt ein

solides finanzielles Fundament“, sagte Nietan. Die unterschiedlichen Ansätze der Regionalverlage, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und digitale Angebote zu schaffen, seien unverzichtbar. „Mein Dank gilt all denen, die in Verlagen und Redaktionen täglich daran arbeiten, dass gute, unabhängige Informationen Zukunft haben“, sagte Nietan. Sein Rat an die Verlage ist, die Bezahlmodelle zu vereinfachen und „Flatrates“ für Online-Produkte und Zeitungen einzuführen.

Neben den Regionalzeitungsbeteiligungen gehören u.a. die „FFR Ferien-, Freizeit und ReiseService GmbH“, der Dienstleister Office Consult, die IMAGE Ident Marketinggesellschaft mbH und der Vorwärts zu 100 Prozent der ddivg, es gibt Beteiligungen bei Druckereien und neuen Medien, etwa dem Software-Hersteller Tivola.

Die SPD erhielt aus dem Bilanzgewinn eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1,5 Mio. €, darüber hinaus erhielt die SPD Sonderbeteiligungen in Höhe von 3,5 Mio. € auf Gesellschafterdarlehen. **PM/BS** □



Dokumente:

## Berlin vor siebzig Jahren

Auszüge aus dem SPD Jahrbuch von 1946 (Teil II)

**Das Jahrbuch 1946 der Sozialdemokratischen Partei enthält nicht nur eine Beschreibung der Partearbeit, sondern auch eine Bestandsaufnahme der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in den drei westlichen Besatzungszonen und Berlin. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus den Kapiteln zu den Berliner Parteien und der Presselandschaft**

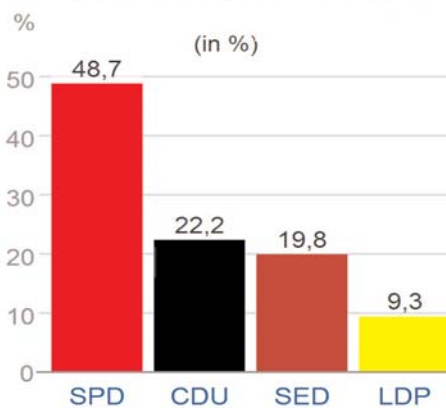
In Berlin konnte sich die starke Opposition gegen die kommunistische Vergewaltigung durch das Mitbestimmungsrecht der westlichen Alliierten positiv auswirken. Die Urabstimmung der Berliner Genossen war ein überwältigender Erfolg der Gleichschaltungsgegner und führte zur Neu-Konstituierung der Partei. Von ca. 65.000 Mitgliedern blieben 42.000 der Partei treu. Am 1. April 1946, also vor der Zwangsvereinigung, zählte die SPD in der Ostzone einschließlich Berlin 619.000 Mitglieder, davon allein in Sachsen 221.000. (...)

### DIE PARTEIEN IM WETTSTREIT

Vier politische Parteien haben den Wettbewerb miteinander aufgenommen, die Sozialdemokratie, die Kommunisten - inzwischen arbeiten sie unter dem Namen „Sozialistische Einheitspartei“ -, das Zentrum und die Christlich-Sozialen zusammen in der Christlich-Demokratischen Union, schließlich die Liberal-Demokraten. Begünstigt dadurch, dass Berlin vom Osten her erobert wurde, halten die Kommunisten sehr viele maßgebliche Positionen in Wirtschaft, Verwaltung und Organisationen besetzt, ohne dafür ein Mandat von der Bevölkerung zu besitzen. Entsprechend dem politischen Willensausdruck vom 20. Oktober 1946 müssen diese Positionen nach und nach umbesetzt werden.

Auch die Gewerkschaften durften ihre Arbeit bereits im Juli 1945 wieder aufnehmen, und zwar als Einheitsgewerkschaft. Viele ehemals führende Funktionäre der Freien, der Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbewegung haben sich intensiv bemüht, zusammen mit den Funktionären der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) die Einheitsgewerkschaft nicht nur organisatorisch zu schaffen, sondern den sie besiedelnden Geist einheitlich wirksam werden zu lassen. Bis Ende 1946 war ihnen das nicht gelungen. Der FDGB blieb eine von den Kommunisten beherrschte Organisati-

### 20. Oktober 1946: Wahl zur Stadtverordnetenversammlung



Das Wahlergebnis vom Oktober 1946.

on, die Gewerkschaftsarbeit nach russischem Vorbild leisten will.

Das kulturelle Leben sollten intensiviert werden durch den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Die Kommunisten haben es verstanden, eine Reihe von Kunstschaffenden und Geistesarbeitern von hohem Niveau und gutem Namen in diesen Kulturbund zu bekommen. Man veranstaltet Konzert- und Theaterabende, Ausstellungen und Vortragszyklen, Klubabende mit ausgezeichnet gedeckten Tischen, aber eine Resonanz im kunstinteressierten Publikum konnte noch nicht geschaffen werden. Das Echo aus der Bevölkerung ist weiterhin negativ statt positiv zu werden.

Die Entnazifizierung geschieht nach einem Verfahren, das nur eine Unterscheidung in aktiv und nominell zulässt, also nur schwarz oder weiß. Die vielen zwischen diesen beiden Extremen liegenden Nuancen müssen unberücksichtigt bleiben. Dadurch ist das Verfahren sehr unzulänglich. Es ist außerdem so zeitraubend, dass Fachleute mit 20 Jahren Arbeit rechnen, wenn es so weitergemacht werden muss.

Die Berliner Bevölkerung ist - endgültig leider erst durch den katastrophalen Zusammenbruch - von der verderblichen Wirkung der nazistischen Ideologie überzeugt. So groß die Not der Bevölkerung ist, so trostlos sich ihre Lage zeigt, bleibt sie doch zuversichtlich im Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand, den sie nicht unter den Trümmern verschütten ließ und den sie auch in der Welt erhalten geblieben hofft. Die Berliner sind aufgeschlossen für jede gute Idee und jeden vernünftigen Vorschlag, die den Weg aus dem Elend zeigen können. Da die Kommunisten alles falsch

gemacht haben, was man nur falsch machen kann, hat noch jede andere politische Partei die Chance, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. (...)

### DIE PARTEIPRESSE

Mit dem Neuaufbau der Partei wurde auch die Frage des Wiederaufbaus der Parteipresse akut. Auf Anordnung der Militärregierung durften Zeitungen nur nach besonderer Lizenzerteilung erscheinen. Die Partei durfte nicht nach ihrem Ermessen Verlagsgründungen vornehmen.

In der britischen Zone wurden in 10 Fällen Lizenzen an Personen erteilt, die Mitglieder der SPD sind und sozialdemokratische Zeitungen herausgeben. Die Genossen haben zum Teil unter den alten Verlagsbezeichnungen, die schon vor 1933 existierten, einen neuen Verlag gegründet, während in anderen Fällen neue örtlich bzw. bezirklich begründete Bezeichnungen gewählt wurden.

In der französischen Zone sind zwei SPD-Verlage zugelassen. Außerdem hat die SPD Berlin eine eigene Parteizeitung, die im englischen Sektor erscheint, aber in ganz Berlin Verbreitung findet. In Berlin erscheint dann noch der „Telegraf“, eine Zeitung mit sozialistischer Tendenz.

Die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Zeitungen beträgt: In der englischen Zone 1.535.000, in der französischen Zone 120.000, im englischen Sektor Berlins einschl. des „Telegraf“ 450.000 Exemplare. Die in den Verlagen vorliegenden Bestellungen übersteigen die Auflage erheblich, können aber infolge Papiermangel nicht ausgeführt werden.

Die englische Militärregierung hat sich trotz unseres Einspruches nicht dazu bereitfinden können, uns die Papiermenge für den Druck der Zeitungen zu bewilligen, die uns auf Grund der abgegebenen Stimmzahlen zustehen. Dagegen bekommen die Zeitungen der CDU wesentlich mehr Papier zugeteilt, als sie auf Grund ihrer Stimmzahlen zu beanspruchen hätten.

Die Druckereien, in denen unsere Zeitungen gedruckt werden, stehen zum Teil in treuhänderischer Verwaltung unserer Genossen, zum Teil werden die Zeitungen im Lohndruck in privaten Druckereiunternehmen hergestellt.

Unsere eigenen Druckereigeschäfte, die 1933 von den Nazis beschlagnahmt und nicht durch Kriegseinwirkung vernichtet wurden, stehen heute noch unter der Verwaltung der jeweiligen Besatzungsmächte. (...)

## Führung:

Spaziergang über den  
Waldfriedhof

Das Grab von Willy Brandt.

Foto: Horb

**Am 8. Oktober, dem Todestag Willy Brandts, findet wieder eine Führung über den Zehlendorfer Waldfriedhof statt.**

Mathilde Kannenberg und Holger Hübner führen zu den Gräbern bekannter SozialdemokratInnen, darunter Willy Brandt, Rut Brandt und Otto Suhr. **BS** □

➡ Sonnabend, 8. Oktober, 12 Uhr, Treffpunkt: Eingang Potsdamer Chaussee 75-77, Anmeldung bitte bei Mathilde Kannenberg, Tel. 803 8773, Mail: kannenberg.berlin@t-online.de

## August Bebel Institut:

## Gedenkstättenfahrt nach Dachau

17. bis 20. November: „Rassismus in Geschichte und Gegenwart“

**Das August Bebel Institut setzt die Tradition der Gedenkstättenfahrten fort. Die nächste Fahrt führt vom 17. bis 20. November nach Dachau und München.**

Das übergreifende Thema der Gedenkstättenfahrt lautet „Rassismus in Geschichte und Gegenwart“. Der Besuch der Gedenkstätte KZ Dachau wird eingebunden in eine umfassende Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart des Rassismus. Thematisiert werden Verbindungen von Kolonialismus und Holocaust, es werden aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus angesprochen. Zudem lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Theaterarbeit von Geflüchteten im Rahmen der Münchner Kammerspiele kennen.

Das Konzentrationslager Dachau, rund 20 Kilometer nordwestlich von München gelegen, war bereits am 22. März 1933 eingerichtet worden, drei Wochen nach dem Reichstagsbrand. Es diente als Modell für alle späteren Konzentrationslager und als

„Schule der Gewalt“ für die Männer der SS, unter deren Herrschaft es stand, so die Historiker der Gedenkstätte. Die letzten Gefangenen wurden von Soldaten der 7. US-Armee am 29. April 1945 befreit. Insgesamt waren in Dachau etwa 200.000 Häftlinge inhaftiert, darunter Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien, aber auch Zeitungsverleger, Schriftsteller oder Musiker und Komponisten. Historiker gehen heute von etwa 41.500 Todesopfern aus. 1965 wurde die KZ-Gedenkstätte Dachau errichtet. Sie geht auf die Initiative und auf Pläne von überlebenden Häftlingen zurück, □

➡ Abfahrt am Donnerstag, 17. November 2016, 9 Uhr. Ankunft in Berlin am Sonntag, 20. November 2016, 18 Uhr. Leitung: Ingo Siebert [Geschäftsführer des August Bebel Instituts] und Reinhard Wenzel [Bildungsreferent des August Bebel Instituts]. Beitrag 170 €, ermäßigt 100 €, 60 € Einzelzimmerzuschlag. Anmeldung bis 4. November unter 4692 121 oder per Mail anmeldung@august-bebel-institut.de

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

- 04.10.2016 16:30 - 19:00, Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu**, Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin
- 04.10.2016 20:00, Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Stammtisch „Fritz & Friends“**, s...cultur, Erkstraße 1, 12043 Berlin
- 04.10.2016 19:30, Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Neuwahl des Vorstandes**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 05.10.2016 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Elsa Rassbach zu Krieg und Frieden**, Ev. Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin
- 05.10.2016 18:00 - 19:00, Clara West, MdB Pankow, **Sozialrecht-Beratung in Pankow**, Wahlkreisbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin
- 05.10.2016 16:30 - 18:30, SPD AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin, **Die aktuelle Situation der Mobilitätshilfe im Land Berlin + Wahlanalyse**. Mit Frau Franke, Leiterin des Mobi-Dienstes Friedrichshain-Kreuzberg, AWO Landesverband, Blücherstraße 62, 10961 Berlin. Wichtig für SFD: Eingang ab 17.00 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes - über die Brachvogelstraße
- 08.10.2016 11:00 - 12:00, Clara West, MdB Pankow, **Mietrecht-Beratung in Pankow**, Bürgerbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin
- 08.10.2016 12:00, SPD Steglitz-Zehlendorf, **Führung über den Zehlendorfer Waldfriedhof**, Treffpunkt: Eingang Potsdamer Chaussee, Anmeldung bitte bei Mathilde Kannenberg, Tel 803 8773, Mail: kannenberg.berlin@t-online.de (siehe S. 14)
- 11.10.2016 19:00, AG QueerSozis Neukölln, **Auswertung des Wahlkampfes und Planung**, Pape's Gasthaus, Sonnenallee 127, 12045 Berlin
- 12.10.2016 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Wahlanalyse II, kommunalpolitische Perspektiven**, Ev. Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin
- 15.10.2016 10:00, Clara West, MdB Pankow, **Mobile Sprechstunde** an drei verschiedenen Orten im Wahlkreis: 10.00 - 11.00 Uhr vor dem Mühlenbergcenter, Greifswalder Str. 90, 10409 Berlin, 11.30 - 12.30 Uhr am Antonplatz, 13.00 - 14.00 Uhr vor den Schönhauser Allee Arcaden
- 17.10.2016 16:30 - 19:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin
- 19.10.2016 19:00, DL21 Forum Demokrati-

sche Linke, **Arbeitszeitverkürzung – der Weg zu mehr Gleichberechtigung?** Kurt-Schumacher-Haus, Galerie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 02.11.2016 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Die Rolle der AfD und - wie weiter?** Ev. Gemeindehaus Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin

■ Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

## Fritz Felgentreu im Infomobil

**Zu einer außergewöhnlichen Bürgersprechstunde lädt Dr. Fritz Felgentreu am 4. Oktober ab 16:45 Uhr ein: Interessierte Neuköllnerinnen und Neuköllner können ihren Bundestagsabgeordneten im Infomobil des Deutschen Bundestages treffen, das für zwei Tage am Alfred-Scholz-Platz Station macht.**

Hier berichtet Felgentreu Interessierten über seine Arbeit und seine persönlichen Erfahrungen im Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger haben Gelegenheit, sich mit persönlichen Anliegen, politischen Fragen und Neuköllner Problemen an ihn zu wenden. Das Infomobil des Deutschen Bundestages ist bundesweit unterwegs, um Informationen über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu vermitteln. Das Angebot für die Besucherinnen und Besucher umfasst ferner eine Vielzahl von Informationsmaterialien zur kostenlosen Mitnahme.

➡ Offene Bürgersprechstunde im Infomobil des Deutschen Bundestages, 4. Oktober 2016, 16:45 bis 18:30 Uhr, Alfred-Scholz-Platz

## Gedenktafel ersetzt

Eduard Bernstein wird wieder geehrt

**Seit dem 14. September ziert eine neue Gedenktafel für den Sozialdemokraten Eduard Bernstein den Vorgarten des Hauses in der Bozener Straße 18. Die im Jahre 1981 vor dem Haus angebrachte Tafel verschwand im Jahr 2014 spurlos und blieb bis heute verschollen.**

Aufgrund seiner großen Verdienste für Schöneberg beschloss Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler, eine neue Gedenktafel vor dem Haus anbringen zu lassen. „Gedenktafeln, aber auch die Stolpersteine im Bezirk sind deutliche Zeichen der lebendigen Gedenk- und Erinnerungskultur im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Sie zeigen, dass wir die Geschichte in das tägliche Leben tragen und das geistige Erbe bedeutender Schöneberger Persönlichkeiten wie Eduard Bernstein wach halten“, so Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler

## Weniger Arbeit, mehr Gleichberechtigung?

**Hilft eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung? Über diese Frage diskutiert das Forum Demokratische Linke (DL 21) auf einer Veranstaltung am 19. Oktober in Berlin.**

„Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muß die tägliche Arbeitszeit verringert werden.“ So stand es im Berliner Programm der SPD von 1989. Die SozialdemokratInnen forderten die Einführung einer 30-Stunden-Woche bei einer nach Einkommensgruppen differenzierten Lohnerhöhung.

Davon ist das Land noch immer weit entfernt. Nach wie vor verbringen Väter deutlich mehr Zeit im Büro als Mütter – obwohl beide es sich oft anders wünschen. Frauen leisten mehr unbezahlte Sorge- und Hausarbeit. Um diesen Missständen entgegen zu wirken, hat die SPD verschiedene Vorschläge gemacht. Neben Entgeltgleichheitsgesetz und Frauenquote ist die Familienarbeitszeit, die eine Verringerung der Arbeitsstunden vorsieht, ein zentrales Anliegen.

Über diese Ansätze diskutieren die DL21-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, Mechthild Rawert (MdB, Vorstandsmitglied im Forum DL21), Elisa Gutsche (Mitorganisatorin des Barcamps Frauen) und Jonathan Menge (Friedrich-Ebert-Stiftung). **BS □**

➡ Mittwoch, 19. Oktober 2016, 19:00 Uhr, Galerie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Anmeldung erbeten per Mail an: [info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de).



Angelika Schöttler und Heiner Wörmann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD. Foto: Holger Hübner

am Rande der Einweihungsfeierlichkeiten. Die Verdienste Eduard Bernsteins für die programmatische Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie beschrieb Heiner Wörmann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD.

**BS □**

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Mit kalter Nadel

Das Kulturforum zeigt Porträts von Hans Scheib

**Bekannt ist Hans Scheib als Bildhauer. Eindrucksvolle, oft farbige und vielfach großformatige Plastiken von ihm sind in der Nationalgalerie, im Dresdener Albertinum, dem Leipziger Grassimuseum oder der Berlinischen Galerie zu finden. Eine Ausstellung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie zeigt jetzt eine weitere Seite seiner künstlerischen Arbeit.**

„Viele kennen und lieben bereits die Kraft und die Originalität der Holzskulpturen von Hans Scheib“, so Winfried Sühlo vom Vorstand des Kulturforums. „Unsere Ausstellung will mit einem anderen Genre des Berliner Künstlers vertraut machen: seinen mit kalter Nadel radierten Porträts von Zeitgenossen - Politikern, Künstlern, Dichtern, Freunden. Es entstand über die Jahre eine Folge faszinierender Blätter, die persönliche Sicht des Künstlers, seinen Weg durch die Zeit beschreibend, ein Panorama unserer Tage.“

Hans Scheib wurde 1949 in Potsdam geboren, er lernte Schriftsetzer und studierte von 1971 bis 1976 an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. Im Prenzlauer Berg begann er seine freiberufliche Tätigkeit. Holz, damals in Bildhauerwerkstätten eher selten im Einsatz, wurde aus Kostengründen zu seinem bevorzugten Material. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Obrigkeit führte den Sohn eines Kommunisten 1985 nach West-Berlin. In Charlottenburg setzte er seine künstlerische Arbeit fort. Zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland folgten. In seinen unverwechselbaren Porträts gibt er Politikern wie Egon Bahr oder Künstlern wie Heiner Müller mit seinen Strichen Kontur. **BS** □

➔ Ausstellung Hans Scheib, 12. Oktober bis 10. November 2016, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Öffnungszeiten der Galerie: Mi, Do, Fr



Hans Scheibs Porträt von Egon Bahr.

16 - 18 h und nach tel. Absprache 030 883 7914 + 4692 150

➔ Vernissage: Mittwoch, 12. Oktober 2016, 19 Uhr, Begrüßung Erdmute Carlini, Einführung Winfried Sühlo

➔ Finissage: 10. November 2016

## Kunst im Ausnahmezustand

Ausstellungseröffnung in der Akademie der Künste

**Mit dem Schwerpunktprogramm „Uncertain States. Künstlerisches Handeln in Ausnahmezuständen“ nimmt die Akademie der Künste die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und individuellen Umbrüche und Unsicherheiten in den künstlerischen Fokus.**

Ein „Erfahrungsraum der Dinge“ aus den Archiven der Akademie, eine Ausstellung zeitgenössischer Kunst sowie vielfältige Veranstaltungen formen die Grundstruktur des dreimonatigen Programms, das am

## KULTURTIPPS

**Britischer Blick.** Initiiert von Neil MacGregor, inzwischen zum Intendanten des Berliner Humboldtforums berufen, hat das British Museum eine Ausstellung über Deutschland unter dem Titel „Der Britische Blick“ erarbeitet, die ab Oktober im Martin-Gropius-Bau zu sehen ist. Rund 200 wertvolle Objekte von bedeutenden Museen und Bibliotheken erläutern 600 Jahre deutsche Geschichte. Die Objekte sind Erinnerungsträger. Sie erzählen oft mehrere Geschichten. Sie erzählen von den großen deutschen Leistungen, von Philosophen, Dichtern und Künstlern und von Geschichtsereignissen, die das Gesicht des heutigen Deutschland geprägt haben. Einer Nation, die im Schatten der furchterlichsten aller Erinnerungen entstanden ist, des Holocaust. Barrie Cook, Kurator am British Museum, hat die Ausstellung kuratiert. Ein Buch von Neil MacGregor begleitet die Ausstellung. **PM** □

➔ Ausstellung Der Britische Blick: Deutschland - Erinnerungen einer Nation, 8. Oktober 2016 bis 9. Januar 2017, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, Öffnungszeiten: Mi bis Mo 10:00-19:00, Di geschlossen, Eintritt: € 11 / ermäßigt € 8

14. Oktober (19 Uhr) im Akademie-Gebäude am Hanseatenweg eröffnet wird.

In der Ausstellung bilden historische Erfahrungen von Flucht und Exil zwischen 1933 und 1945 die Folie für eine Auseinandersetzung mit aktuellen Ausnahmezuständen. Rund 50 ausgewählte Objekte und Dokumente aus den Archiven der Akademie der Künste, von Walter Benjamin, Bertolt Brecht oder Hanns Eisler, korrespondieren mit zeitgenössischen künstlerischen Arbeiten. **PM** □